
Abteilung: 1.1 - Personal und Organisation
Fachbereich: 1 - Herr Seul
Sachbearbeiter: Frau Weller (Tel. 02641/975-508)
Aktenzeichen: 1.1
Vorlage-Nr.: 1.1/702/2020

TAGESORDNUNGSPUNKT

Beratungsfolge:	Sitzung am:	ö/nö:	Zuständigkeit:
Kreis- und Umweltausschuss	07.12.2020	öffentlich	Entscheidung

**Beteiligung des Kreises Ahrweiler am Kommunalen Projektbüro
Onlinezugangsgesetz**

Beschlussvorschlag:

Der Kreis- und Umweltausschuss beschließt, den Vertrag über die Beteiligung am Kommunalen Projektbüro OZG mit der Firma KommWis entsprechend der in der Vorlage genannten Konditionen abzuschließen.

Darlegung des Sachverhalts / Begründung:

Die Kreisverwaltung Ahrweiler beabsichtigt, sich am Kommunalen Projektbüro OZG zu beteiligen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) enthält die Verpflichtung, bis Ende 2022 alle Verwaltungsdienstleistungen flächendeckend und medienbruchfrei über Online-Verwaltungsportale anzubieten.

Unbedingte Voraussetzung für den Erfolg dieses Mammut-Projekts ist eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen Land und kommunaler Ebene.

Mit den beiden Kooperationsvereinbarungen, die zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden 2018 geschlossen wurden, wurde eine Ausgangsbasis für die technische Umsetzung des OZG auf Landes- und kommunaler Ebene geschaffen. Die Kooperationsvereinbarungen lösen jedoch die organisatorischen Herausforderungen nicht.

Da in den rheinland-pfälzischen Kommunen eine Vielzahl an unterschiedlichen Fachverfahren (z.B. im Bereich Bauen die Programme mpsINPRO, BroBAUG, etc.), Kassensystemen (z.B. die Programme SAP, Infoma, KIS, etc.) und Mitarbeiter-Authentifizierungsdiensten im Einsatz ist, ergibt sich bei der Umsetzung der kommunal-relevanten OZG-Prozesse zwangsläufig eine Aufgabenteilung.

Um diesen immensen Koordinations- und Betreuungsaufwand stemmen zu können, schlagen die kommunalen Spitzenverbände vor, bei ihrer Tochtergesellschaft KommWis ein „Kommunales Projektbüro OZG“ einzusetzen. Dieses soll als „Kümmerer“ den ganzheitlichen Blick auf die unterschiedlichen Nutzergruppen behalten und somit den flächendeckenden Rollout der OZG-Prozesse in den Kommunen steuern. Darüber hinaus soll es als Schnittstelle zum Land fungieren und sicherstellen, dass Ergebnisse aus dem Projekt „OZG-Föderal“ (Bund- und Länderebene) in die Kommunen transportiert werden.

Die Einrichtung des Kommunalen Projektbüros OZG bei der KommWis würde nach der dort erstellten Bedarfsplanung in personeller und finanzieller Hinsicht jährliche Kosten von ca. 1,2 bis 1,5 Mio. € bedeuten. Diese Kosten sollen anteilig nach Einwohnerzahl durch die rheinland-pfälzischen Kommunen getragen werden, abzüglich eventueller Landeszuschüsse, die das Land ab dem Jahr 2021 in Aussicht gestellt hat.

Die KommWis hat nun kurzfristig einen Vertrag für die Dienstleistungen des kommunalen Projektbüros vorgelegt, welcher bis zum 11.12.2020 abgeschlossen werden soll, damit das Projektbüro zum 01.01.2021 verbindlich eingerichtet werden und die Arbeit aufnehmen kann. Die Vertragslaufzeit würde am 31.12.2023 enden.

Im Falle einer Vollfinanzierung durch die Kommunen entstünden für den Kreis Ahrweiler laut den Vertragskonditionen bei einem Betrag von 0,20 € pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von 130.086 (Stand 31.12.2019) jährliche Kosten i.H.v. ca. 31.000 €. Hinzu kommt ein Grundbetrag i.H.v. 1.428 €, der von allen Kommunen zu entrichten ist.

Somit wären pro Jahr Gesamtkosten von ca. 33.000 € für die Beteiligung am Projektbüro zu leisten.

Da aus Sicht der Verwaltung eine einheitliche Projektsteuerung und -umsetzung, insbesondere innerhalb der kommunalen Ebene (nach dem Prinzip „Einer für Alle“) für eine erfolgreiche Umsetzung des OZG unbedingt erforderlich ist, erscheint die Einrichtung des Kommunalen Projektbüros OZG sinnvoll.

Entsprechende Mittel wurden im Haushalt 2021 vorsorglich eingestellt.

Im Auftrag

Seul

Anlagen zur Vorlage:

Vertragsunterlagen der Firma KommWis